

GRÜNE Hamburg · Burchardstr. 19 · 20095 Hamburg

Förderkreis Nordtribüne e.V.
c/o HSV Fanprojekt
Stresemannstr. 162
22769 Hamburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Hamburg

Lena Schwarzer

Wissenschaftliche Referentin
Landesgeschäftsstelle
Burchardstr. 19, 20095 Hamburg
Tel.: 040/ 399252 -0
wahlpruefsteine@hamburg.gruene.de

Wahlprüfsteine Bürgerschaftswahlen 2025

Hamburg, 03. Februar 2025

Frage 1: Viele Fußballfans haben zuletzt den Eindruck gewonnen, dass ihre Fan- und Bürgerrechte immer stärker eingeschränkt werden. Warum sollten Fußballfans Ihre Partei wählen? Sieht Ihre Partei einen Bedarf für zusätzliche präventive oder repressive Maßnahmen im Zusammenhang mit Fußballspielen in Hamburg?

Antwort GRÜNE: Für uns ist es selbstverständlich, dass Fußballfans ihre Rechte natürlich nicht am Stadiontor abgeben. Wir setzen uns für sichere Fußballspiele ein – das geht nur im Dialog mit Fans, Vereinen und Sicherheitsbehörden. Prävention hat für uns Vorrang. Gewalt und Gefahren müssen konsequent angegangen werden, ohne dabei alle Fans pauschal zu verdächtigen. Auf beides haben Fans einen berechtigten Anspruch. Wir streben eine Kultur des Miteinanders an, in der Fans Teil der Lösung und nicht des Problems sind. Daher setzen wir uns für mehr Transparenz, unabhängige Fanprojekte und den Schutz von Betroffenenrechten ein

Frage 2: Im Oktober 2024 haben die Innen- und Sportminister*innen der Bundesländer mit DFB und DFL u.a. eine zentrale, von den Vereinen unabhängige Stadionverbotskommission angekündigt. Wie bewertet Ihre Partei die bisher gängige Praxis der Stadionverbotsvergabe und wie sieht sie diese in der Zukunft?

Antwort GRÜNE: Wir begrüßen die Initiative zur Einrichtung einer zentralen, unabhängigen Stadionverbotskommission. Dieser Schritt trägt dazu bei, Stadionverbote bundesweit einheitlich und transparent zu handhaben und verhindert Kollektivstrafen. Der Stadionbesuch kann ein zentrales Element von Teilhabe sein, wie es auch das BVerfG betont. Wir unterstützen diese Maßnahme, da sie eine gezielte Verantwortung von Täter*innen fördert. Gleichzeitig betonen wir die Bedeutung präventiver Maßnahmen und eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Vereinen, Fans und Sicherheitsbehörden. Nur durch eine enge Zusammenarbeit können wir langfristig ein sicheres und respektvolles Umfeld im Fußball schaffen und die Ursachen für Gewalt und Störungen effektiv adressieren.

Frage 3: Im September 2024 hat sich die Hamburgische Bürgerschaft für die Beteiligung von Fußballvereinen an den Polizeikosten ausgesprochen. Wie steht Ihre Partei zu diesem Vorhaben?

Antwort GRÜNE: Wir sprechen uns dafür aus, dass Profifußballvereine an den Kosten für den Polizeieinsatz bei Hochrisikospielen nach einem bundesweiten System beteiligt werden. Mit unserem Antrag in der Hamburgischen Bürgerschaft und der Forderung nach einem bundesweiten Fußball-Polizeikosten-Fonds wollen wir eine gerechtere Verteilung der Kosten erreichen und die Steuerzahler*innen entlasten. Vereine,

die von solchen Veranstaltungen kommerziell profitieren, sollen einen fairen Anteil übernehmen. Unser Ziel bleibt es, die Kosten insgesamt zu senken, wobei wir auf präventive Sicherheitsmaßnahmen und eine enge Zusammenarbeit aller Beteiligten setzen, um Gewalt und Sicherheitsrisiken zu minimieren.

Frage 4: Welche Vorstellungen vertritt Ihre Partei hinsichtlich einer unabhängigen Beschwerdestelle für Betroffene von Polizeigewalt und hinsichtlich der Einführung eines Polizeibeauftragen, wie es ihn im Bund und in anderen Bundesländern bereits gibt?

Antwort GRÜNE: Die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Beschwerdestelle bewerten wir als einen erfolgreichen Schritt zur Aufarbeitung von Konflikten mit der Polizei und damit zur Stärkung des Vertrauens in die Polizei sowie zur Etablierung einer modernen Fehlerkultur.

Aufbauend auf den positiven ersten Berichten werden wir die Stelle weiter kritisch begleiten, denn unser Ziel, dass die Institution Polizei von allen Menschen unserer Stadt als verlässliche Partnerin wahrgenommen wird, ist noch nicht erreicht.

Die Anbindung an die Polizei hat Vor- und Nachteile. Wir glauben, mit dem gewählten Modell eine gute Mischung aus der Möglichkeit des Hineinwirkens in die Organisation und der Unabhängigkeit in der eigenen Aufgabenwahrnehmung gefunden zu haben.

Frage 5: Im Jahr 2024 wurden bei Fußballspielen im Volksparkstadion erstmals Polizeidrohnen eingesetzt. Wie bewertet Ihre Partei dieses Einsatzmittel und seinen Nutzen bei Fußballspielen?

Antwort GRÜNE: Wir stehen dem Einsatz von Polizeidrohnen grundsätzlich positiv gegenüber, wenn diese in klar definierten und zielgerichteten Bereichen zum Einsatz kommen. Drohnen haben das Potenzial, Einsätze effizienter und ressourcenschonender zu gestalten, etwa bei der Lageaufklärung, dem Verkehrsmanagement oder der Eskalationsprävention. Da sich der Einsatz von Drohnen noch in der Erprobung befindet, wird sich erst in Zukunft zeigen, in welchen Bereichen sie effektiv eingesetzt werden können. Für uns ist entscheidend, dass der Einsatz im Einklang mit Datenschutz und den Persönlichkeitsrechten der Bürger*innen steht. Wir setzen uns für eine moderne Polizeiarbeit ein, die sowohl effektiv als auch grundrechtskonform ist. Dabei unterstützen wir eine regelmäßige Evaluierung der eingesetzten Technologien.

Frage 6: 2021 wurde die Regelung zur Kennzeichnungspflicht von geschlossenen Einheiten der Landesbereitschaftspolizei entfristet. Wie bewertet Ihre Partei diese Kennzeichnungspflicht und sieht sie Bedarf, Regelungslücken zu schließen (z.B. im Hinblick auf Alarmhundertschaften und Hundeführer*innen)?

Antwort GRÜNE: Die Einführung und Entfristung der Kennzeichnungspflicht ist ein grüner, politischer Erfolg, für den wir uns lange eingesetzt haben. Die Kennzeichnung ermöglicht mehr Transparenz und sorgt für eine bessere Nachvollziehbarkeit polizeilichen Handelns. Dies stärkt das Vertrauen der Bürger*innen in die Polizei. Angesichts der positiven Erfahrungen ist für uns eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht denkbar, um die Identifizierbarkeit auch in anderen Einsatzkontexten zu gewährleisten.

Frage 7: Es hat sich in der Vergangenheit mehrfach gezeigt, dass der Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei in einem vollbesetzten Fußballstadion zu einer erheblichen Anzahl an Verletzten führt. Wie steht Ihre Partei zu einem Verbot des Einsatzes von Pfefferspray in Fußballstadien?

Antwort GRÜNE: Der Einsatz von Pfefferspray muss stets verhältnismäßig sein und mit Bedacht erfolgen. Jedoch sind wir der Ansicht, dass der Einsatz von Reizgas in und um Stadien grundsätzlich vermieden werden sollte, um Unbeteiligte vor Verletzungen zu schützen und die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Vor diesem Hintergrund kann es jedoch als milderer Mittel im Vergleich zu anderen Formen des unmittelbaren Zwang in bestimmten Situationen gerechtfertigt sein.

Frage 8: 2016 musste in Hamburg die bis dahin geheime Datenbank über Fußballfans (Datei „Gruppen- und Szenegewalt“) gelöscht werden. Wie bewertet Ihre Partei generell Datenbanken über Fußballfans, insbesondere vor dem Hintergrund des jüngsten BVerfG-Urteil zur Datei „Gewalttäter Sport“?

Antwort GRÜNE: Wir stehen der „Datei Gewalttäter Sport“ und äquivalenten landesweiten Datenspeicherungen kritisch gegenüber. Polizeiliche Datenerhebungen müssen verhältnismäßig sein und die Rechte der Betroffenen konsequent schützen. Einer vermehrten Erfassung von Fußballfans, die nicht die Definition eines "Gewalttäters im Sport" erfüllen, wollen wir mit einer Reform der Datei entgegenwirken, die sowohl den Datenschutz als auch Transparenz und rechtsstaatliche Prinzipien wahrt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Datensammlung zurückhaltend erfolgt.